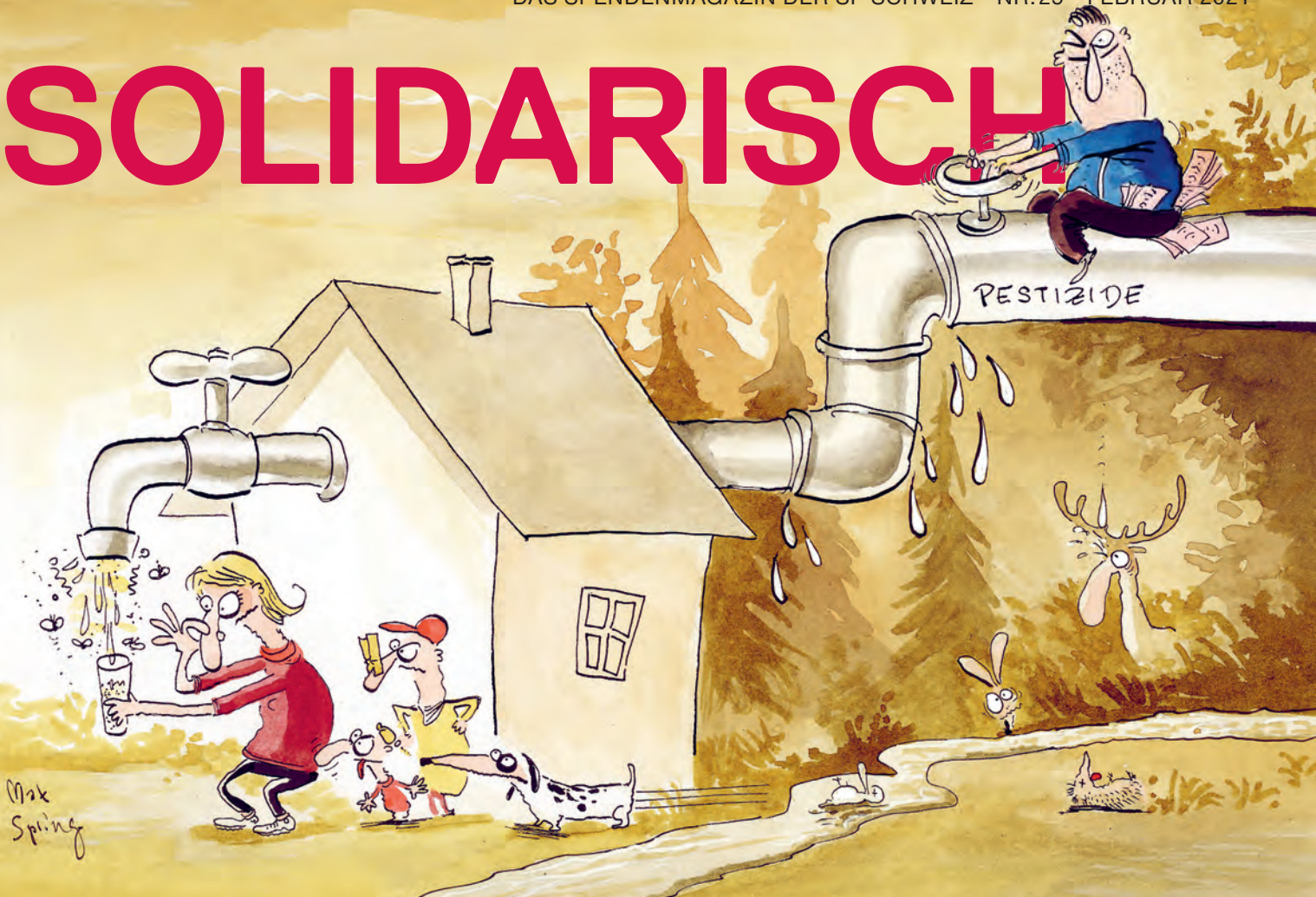


SOLIDARISCH!



DAS TRINKWASSER IST VIELERORTS DURCH PESTIZIDE UND NÄHRSTOFFE BELASTET. Dennoch möchte die Agrarlobby weitermachen wie bisher. Denn sie will nicht wahrhaben, dass sauberes Wasser durch nichts ersetzt werden kann.

Ohne Trinkwasser können wir nicht leben, ohne Pestizide schon



Jacqueline Badran,
Nationalrätin ZH

Wussten Sie, dass die Hälfte der Menschheit die Hälfte ihres Lebens damit verbringt, Trinkwasser zu suchen und zu transportieren? Mir wurde dies vor 40 Jahren bewusst, als unser Geografielehrer davon berichtete. Seither sage ich jeden Tag «Danke!», wenn ich das erste Mal einen Wasserhahn aufdrehe. Es ein grosses Privileg, dass wir hier in der Schweiz Trinkwasser von bester Qualität jederzeit und überall beziehen können.

Umso erschrockener war ich, als ich erfuhr, dass ausgerechnet hier bei uns das Grund- und Trinkwasser durch Pestizide und zu grossen Nährstoffeintrag bedroht ist. Mehr als eine Million Menschen in der Schweiz trinken heute pestizidbelastetes Wasser. Obwohl ich zu den gut informierten Menschen gehöre, hätte ich nie gedacht, dass das im Wasserland Schweiz so sein könnte.

Da Bundesbern – trotz fleissiger Vorstösse unsererseits – kaum reagierte, haben besorgte Bür-

ger:innen gleich zwei Initiativen lanciert. Die «Trinkwasser-Initiative» verlangt, dass Direktzahlungen nur noch an Landwirtschaftsbetriebe ausgeschüttet werden, die weder Pestizide noch prophylaktische Antibiotika einsetzen und die ihre Tierbestände mit dem Futter ernähren, das auf dem Betrieb produziert wird. Letzteres verringert die Tierbestände und damit auch die Gülle und die Grundwasserbelastung durch Nitrat.

Keine Pestizide im Boden, keine im Wasser

Die «Pestizid-Initiative» verlangt, dass der Einsatz von Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege verboten wird. Ebenso dürfen keine Lebensmittel eingeführt werden, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind.

Nun ist es schon so, dass uns in der Schweiz die inländische Nahrungsmittelproduktion mit unseren relativ hohen Tier- und Naturschutz-Standards wichtig ist. Immerhin nahm am 27. September 2017 mit 78,6 Prozent Ja-Stimmen eine überwältigende Mehrheit die Verankerung der «Ernährungssicherheit» in der Verfassung an. Und für das hohe Produktionsniveau von einheimischem Gemüse und Früchten braucht es vorderhand noch Pestizide. Denn leider werden seit Jahren Innovationen in der Schädlingsbekämpfung (beispielsweise auf mechanischem Weg) vernachlässigt. Aber wir haben die Pflicht, inlän-

dische Produktion und den Trink- und Grundwasserschutz in Einklang zu bringen.

Spätwirkungen von Pestiziden sind nicht ausgeschlossen

Die Bauernlobby in Bundesbern ist stark. Ebenso gibt es viele Parlamentarier:innen, die unangenehme Realitäten nicht wahrhaben wollen. Deshalb weigerte sich das Parlament, einen Gegenvorschlag zu den Initiativen zu erarbeiten. Und nicht nur das: Bundesbern stellt sich quer, wenn es um das Vorsorgeprinzip im Grundwasser und Gewässerschutz geht. Obwohl im Fall des Pestizids Chlorothalonil, das seit Jahrzehnten einge-

setzt wird, krebserregende Abbauprodukte gefunden wurden, die jetzt im Grundwasser lagern.

Fachleute verlangen dringend besseren Wasserschutz

Die Trinkwasserversorger und die Wissenschaft in der Schweiz verlangen, dass für alle im Einzugsgebiet von Fließgewässern und Grundwasser verwendeten Produkte mengenmässige Beschränkungen erlassen werden. Dies muss auch für vorderhand als unbedenklich eingestufte Pestizide gelten. Weil auch die Oberflächen-gewässer grossflächig durch Mikroverunreinigungen und Nährstoffe (vor allem Nitrat) belastet

sind, verlangen sämtliche Fachkreise eine Reduktion der Nährstoffbelastung.

Die Agrarlobby glaubt, sie könne die beiden Initiativen ohne Gegenvorschlag als «extrem» abtun. Mit Verlaub: Extrem ist, wenn wir Produktionsbedingungen zulassen, die unser Wasser, unseren Lebensraum und unsere Gesundheit auf Jahrzehnte hinaus gefährden. Denn Wasser kann durch nichts ersetzt werden.

So bleibt uns nichts anderes übrig, als die beiden Initiativen zu unterstützen. Denn es ist ganz einfach: Ohne sauberes Wasser können wir nicht leben, ohne Pestizide schon.

Armut ist kein Verbrechen!

WER SICH ALS AUSLÄNDER:IN EINBÜRGERN LASSEN WILL, MUSS SICH AUF EIN AUFWÄNDIGES UND MANCHMAL AUCH ERNIEDRIGENDES PROZEDERE GEFASST MACHEN. Damit nicht genug: Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist, läuft Gefahr, den C-Ausweis zu verlieren und das Land verlassen zu müssen – selbst nach jahrzehntelangem Aufenthalt in der Schweiz.



Samira Marti,
Nationalrätin BL

Armut kann uns alle treffen. Sei es wegen eines Arbeitsplatzverlusts, eines Unfalls, einer Wirtschaftskrise, wegen Krankheit, Scheidung oder einer anderen Notlage. Gerade die Coronakrise hat das eindrücklich gezeigt. Unser Sozialsystem ist dazu da, uns allen in solchen Situationen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Doch dies gilt nicht für alle. Über zwei Millionen Menschen ohne Schweizer Pass wohnen und arbeiten in der Schweiz und zahlen hier Steuern. Viele von ihnen sind hier geboren oder als Kind in die Schweiz gekommen. Für sie hat der Bezug von Sozialhilfeleistungen besonders weit-

reichende Folgen. Sie können ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz verlieren und des Landes verwiesen werden – nur weil sie bedürftig sind.

Das war nicht immer so. Die entsprechenden gesetzlichen Verschärfungen bestehen seit dem 1. Januar 2019. Seither können Menschen mit einer Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis), die bereits jahre- oder gar jahrzehntelang in der Schweiz leben, ihren Ausweis wegen Sozialhilfebezugs verlieren.

Damoklesschwert Ausweisung

Dieses Regime reisst Familien auseinander und weist Armutsbetroffene und Kranke aus der Schweiz weg, auch wenn diese längst zu ihrer Heimat geworden ist. Der drohende Verlust des C-Ausweises nötigt Ausländer:innen dazu, in Notlagen auf die gesetzlich garantierte Unterstützung zu verzichten. Die Coronakrise hat diese Problematik nochmals verschärft und auch bisher solid gesicherte Existenzen in Frage gestellt. Die langen Warteschlangen vor den Essensaus-

gaben im Frühling zeigen, dass für viele Menschen ohne Schweizer Pass die Sozialwerke heute keine wirkliche Unterstützung mehr darstellen. Im Gegenteil, der Bezug von Unterstützung kann sogar ein Risiko darstellen.

Es ist Frau A., die mit ihrer Familie seit über 25 Jahren in der Schweiz lebt, nach einem Unfall nicht mehr arbeitsfähig ist und darum in finanzielle Schwierigkeiten gerät. Es ist Frau S., die seit über 30 Jahren in der Schweiz lebt und wegen psychischer Beschwerden ihre letzte Arbeitsstelle aufgeben musste. Es ist Herr T., der seit 19 Jahren in der Schweiz lebt und alleine für seinen Sohn (mit Schweizer Pass) sorgt, deshalb nur Teilzeit arbeiten kann

und die Unterstützung der Sozialhilfe benötigt. Sie alle sind betroffen.

Wir wehren uns!

Die SP Schweiz hat darum eine Allianz von rund 50 Organisationen ins Leben gerufen – von Migrationsvereinen über Gewerkschaften bis hin zu Rechtsvertretungen. Gemeinsam setzen wir uns mit einem offenen Brief an den Nationalrat gegen diese Verschärfung ein.

Längerfristig braucht es vor allem eine Einbürgerungsoffensive. Wer in der Schweiz geboren ist, hier lebt und arbeitet, gehört dazu. Der Einbürgerungsprozess muss deshalb günstiger und einfacher werden. Keine erniedrigenden Verhöre mehr, keine Kleingemeinden, die nach Lust und Laune die Gesetze anwenden. Die SP setzt sich auf allen Ebenen für Gerechtigkeit und Fairness ein.

Unterzeichnen Sie den offenen Brief an den Nationalrat, um die parlamentarische Initiative «Armut ist kein Verbrechen» von SP-Nationalrätin Samira Marti zu unterstützen. Sie will im Ausländer- und Integrationsgesetz eine Schutzfrist einführen: Nach über zehn Jahren in der Schweiz sollte es Ausländerinnen und Ausländern möglich sein, unverschuldet Sozialhilfe zu beziehen, ohne direkt von Wegweisung bedroht zu sein. Den Brief auf Deutsch, Französisch, Italienisch, Portugiesisch und Englisch finden Sie hier: poverty-is-not-a-crime.ch



MANUEL LOPEZ



FABIAN FLURY

Gisela Nyfeler ist freischaffende Theaterregisseurin und leitet die Schweizer Künstlerbörse. Sie arbeitete früher für die SP Schweiz und ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Frauen* Schweiz.



Erwarten Sie uns hinter der

CORONA UND KEIN ENDE. Nun müssen wir alles daransetzen, dass Kulturschaffende den Marathonlauf überleben. Auch Sie als Leserin oder Leser können dazu beitragen.

Die Corona-Krise wird gerne mit einem Marathonlauf verglichen. Ein Marathon ist ein Langstreckenlauf mit einer klar vorgegebenen Länge von 42 km. Den Weltrekord hält Eliud Kipchoge mit 2:01:39 Stunden. Wir rennen nun schon bald 8760 Stunden (also rund ein Jahr). Leider wissen wir nicht genau, wie viele Kilometer noch vor uns liegen. Der Marathon geht auf eine tragische Geschichte zurück. Der Legende nach lief der Bote Pheidippides 490 v. Chr. 42 km weit nach Athen, um die Nachricht vom Sieg über die Perser zu überbringen. Kaum auf dem Areopag angekommen, verstarb der Bote an Erschöpfung.

Solches soll unserer Gesellschaft nicht widerfahren, einschliesslich jener Berufsgruppen, die von der Krise besonders stark

gebeutel werden. Dazu gehören auch die Kulturschaffenden.

Die Arbeitsrealitäten von Kulturschaffenden sind oft Mischformen aus Teilzeitanstellungen, Selbständigkeit, befristeten Anstellungsverhältnissen. Eine Sängerin ist beispielsweise 15 Prozent an einer städtischen Musikschule angestellt, erhält als Solistin Gagen für Abdankungsfeiern und macht einmal im Jahr ein Opernprojekt, für das sie befristet angestellt wird. Ein wesentlicher Teil ihrer Arbeitszeit wird nicht bezahlt: das tägliche Üben, das Einstudieren neuer Lieder und das Planen neuer Projekte.

Vorgeschmack auf die digitalisierte Arbeitswelt

Das alles hat zur Folge, dass die soziale Absicherung sehr vieler

Künstler:innen lückenhaft ist: Das BVG-Obligatorium wird bei befristeten Verträgen oft nicht erreicht, oder es fehlt schlicht die passende Pensionskasse. Für die Selbständigkeit kann kein Beitrag an die Arbeitslosenkasse geleistet werden. Eine Krankentaggeldversicherung fehlt oft respektive muss privat abgeschlossen werden.

Seit einem Jahr können wir beobachten, wie die Kulturschaffenden durch die Maschen der Sozialversicherungen fallen. Die Arbeitsrealität der Kulturschaffenden zeigt prototypisch, was wir aufgrund der Digitalisierung des Arbeitsmarktes künftig zu erwarten haben.

Die Corona-Krise zeigt, dass wir die Sozialwerke an die Lebensrealitäten des 21. Jahrhunderts anpassen müssen. Reden wir wieder über die Idee der Allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV)! Eine Versicherung, die alle absichert, egal ob jemand wegen

Mutterschaft, Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit vorübergehend kein Einkommen erzielt. Eine AEV umfasst auch Selbständige und Freischaffende ohne fixes Einkommen.

Auch hier: Applaus reicht nicht!

Die besten Versicherungen nützen wenig, wenn man nicht viel verdient. Künstler:innen in der Schweiz lebten bereits vor der Corona-Krise mit wenig Geld. 2016 lag ihr durchschnittliches Jahreseinkommen bei 40 000 Franken. Bei einer 42-Stunden-Woche kommen wir da auf einen Stundenlohn von rund 20 Franken. Oh, ich habe in meiner Rechnung den Applaus vergessen... Aber davon lässt sich bekanntlich keine Miete bezahlen.

Reden wir über die Löhne in der Kulturszene und suchen wir nach Lösungen, wie wir Fairtrade bei unserem Kulturkonsum umsetzen können.



Kultur ist systemrelevant! Doch ohne Unterstützung wird es nach der Pandemie die Kulturszene in ihrer ganzen Vielfalt nicht mehr geben. Daran erinnerten Künstler:innen und Kulturschaffende an einer Demonstration Ende November in Bern.

Ziellinie

Es gibt Dinge, die können Sie gleich realisieren, um solidarisch zu sein. Hier ein paar Ideen für die persönliche Direkthilfe:

1. *Kaufen Sie weiterhin kulturelle Dienstleistungen.* Wenn Sie zum Beispiel Ihren runden Geburtstag nicht wie gewünscht mit einem grossen Fest feiern können, buchen Sie trotzdem eine Band für einen Online-Auftritt und überweisen Sie die Gage. Geben Sie einer Künstlerin den Auftrag, eine Karte zu gestalten, oder lassen sie einen Musiker Ihr Lieblingslied aufnehmen und verschicken Sie dieses als musikalische Postkarte Ihren Freund:innen.

2. *Drücken Sie Ihre Wertschätzung aus.* Zurzeit wird viel Kultur ins Netz verlegt. Hier können Sie solidarisch werden. Geniessen Sie, falls möglich, nur bezahlte Angebote. Wählen Sie bei der freien Ticketwahl das teuerste. Oder überlegen Sie sich, was Sie ein «normaler» Theaterbe-

such insgesamt kostet (Busbillet, Eintrittskarte, Getränk in der Pause). Kaufen Sie dann so viele Tickets, bis Sie diesen Betrag erreicht haben.

3. *Reden Sie mit Künstler:innen in Ihrem Umfeld.* Fragen Sie, ob Sie sie unterstützen können. Ich weiss von Künstler:innen, die noch keine Anträge auf Unterstützung gestellt haben. Sie sind wie gelähmt und schaffen es nicht, die Formulare auszufüllen. Vielleicht können Sie jemandem bei einer administrativen Erledigung behilflich sein?

4. *Zeigen Sie uns Künstler:innen, dass Sie uns vermissen.* Schreiben Sie Ihrer Lieblingschauspielerin, dass Sie sich freuen, wenn sie wieder spielt und dass Sie ihre Vorstellungen besuchen, sobald es für Sie möglich ist.

Wir alle brauchen jemanden, der hinter der Ziellinie auf uns wartet.

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

IMPRESSUM SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr auf Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement ist für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Pia Wildberger, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 31'000 deutsch, 9'000 französisch. Total: 40'000. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.



STIMMRECHT FÜR ALLE

Die SP kämpft für mehr Demokratie in unserem Land

DEMOKRATISCHE TEILHABE GEHT ÜBERS STIMMRECHT – und darauf müssen immer noch viele Menschen verzichten, die schon lange hier leben, weil der rote Pass fehlt. Mit einer Petition wollen wir dies ändern.



Mustafa Atici, Nationalrat BS

Am 7. Februar 1971 stimmten die Schweizer Männer – endlich – dem Wahl- und Stimmrecht für die Frauen zu. Zu lange war die Schweizer Demokratie eine Teildemokratie. Und auch heute sind weite Kreise der Bevölkerung von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen. Dazu gehören in erster Linie Migrant:innen, aber auch Jugendliche unter 18 Jahren und Menschen mit Behinderung. In bahnbrechenden Entscheidungen haben einzelne Kantone hier Mitbestimmungsmöglichkeiten geschaffen. Diese Kantone sind demokratischer geworden und nehmen damit eine Vorreiterrolle ein. Wer von einem Entscheid betroffen ist, soll auch an diesem Ent-

scheid teilhaben können: Das ist unsere Grundüberzeugung.

Demokratie braucht Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle

Bis 1971 war das Geschlecht das erste Kriterium für politische Rechte. Heute noch darf nicht mitbestimmen, wer nicht über das Schweizer Bürgerrecht verfügt. De facto existiert weiterhin eine Art moderne Zensusdemokratie. Die SP vertritt einen Begriff der Citoyenneté («Mitbürger:innenschaft»), der nicht auf die Nationalität beschränkt ist. Die Citoyenneté gibt jedem Mitglied unserer Gesellschaft das Recht, an Entscheidungen in der Gemeinschaft, in der er oder sie lebt, teilzunehmen und Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen, wenn er oder sie dies wünscht. Zahlreiche Migrant:innen sind hier geboren oder leben seit vielen Jahre in der Schweiz. Vielen von ihnen fehlt aber die Möglichkeit, politisch mitzubestimmen. Die stimmberechtigte

Bevölkerung ist nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Das ist alles andere als demokratisch.

50 Jahre nach dem Entscheid, den Schweizer Frauen das Stimm- und Wahlrecht zuzugestehen, braucht es nun endlich weitere Schritte in Richtung mehr Demokratie. Wer in der Schweiz wohnt, von Gesetzen und staatlichen Massnahmen mitbetroffen ist, darf nicht allein deshalb von den politischen Rechten ausgeschlossen bleiben, nur weil er oder sie kein Schweizer Bürgerrecht besitzt.

Viele Gründe fürs Stimmrecht

Die SP Schweiz fordert deshalb in den Kantonen und Gemeinden das Stimm- und Wahlrecht für alle, die in der Schweiz niedergelassen sind. Dies in Ergänzung zur notwendigen Erleichterung und Vereinfachung der Einbürgerung für Menschen, die bereits länger bei uns leben. Die Teilnahme am politischen Leben stärkt das Zu-

sammengehörigkeitsgefühl und das Bewusstsein für die Rechte und Pflichten aller Einwohner:innen. Unterschiedliche Lebenserfahrungen und Blickwinkel bereichern die politische Debatte und stärken damit die Demokratie.

Die politische Tendenz geht heute jedoch in eine andere Richtung. Personen ohne Schweizer Bürgerrecht werden an den Rand gedrängt, indem das Aufenthaltsrecht von Sozialhilfebezug, Sprachkenntnissen oder Schuldenfreiheit abhängig gemacht wird. Viele wagen trotz Corona-Krise nicht, Sozialhilfe zu beziehen. Denn dann drohen Rückstufung und im schlimmsten Fall der Verlust der Aufenthaltsbewilligung. Die SP Schweiz hält fest: Alle Menschen in der Schweiz haben das Recht auf einen sicheren Aufenthalt und auf demokratische Teilhabe. Wir müssen die Armut bekämpfen, nicht die Armen.

Unterschreiben Sie noch heute!

Es ist unannehmbar, dass bis heute die Schweiz einen Viertel der Bevölkerung – mehr als zwei Millionen Menschen – von der demokratischen Mitwirkung ausschliesst und ihnen das Stimm- und Wahlrecht vorenthält. Wir wollen dieses Demokratiedefizit endlich beheben. Gemeinsam mit zahlreichen Ausländer:innenorganisationen, Vereinen und Verbänden hat die SP Schweiz deshalb am 7. Februar die Kampagne «Stimmrecht für alle» lanciert. Mit dieser Kampagne wollen wir mehr demokratische Teilhabe und mehr Sicherheit in der Schweiz erreichen.

Hier geht es lang zur Unterschrift: www.stimmrechtfueralle.ch
Je mehr Unterschriften wir sammeln, desto mehr Gewicht bekommt unser Anliegen – danke daher auch fürs Teilen auf den sozialen Medien und Weiterverbreiten per E-Mail!



WM-Public-Viewing in Zürich, 2018: Ein Drittel der städtischen Bevölkerung ist von der politischen Teilhabe ausgeschlossen, weil der rote Pass fehlt – jeder und jede Dritte auf diesem Bild.



SP

23
GRUPPE 2023

SOLIDARISCH VISIONÄR ZUKUNFTSORIENTIERT

- Treten Sie der Gruppe 2023 bei.
- Unterstützen Sie die SP Schweiz langfristig und nachhaltig.
- Sie überweisen regelmässig einen von Ihnen bestimmten fixen Betrag (Mindestbeitrag CHF 120.- / Jahr).
- Sie stärken damit die SP Schweiz für Abstimmungskämpfe und Wahljahre.

Als Dankeschön laden wir Sie zum exklusiven Jahrestreffen der Gruppe mit prominenten Parteimitgliedern aus Parlament und Bundesrat ein.

Weitere Auskünfte und Anmeldung: Telefon 031 329 69 73 (Regula-Sibylle Schweizer), gruppe2023@spschweiz.ch, www.spschweiz.ch/gruppe2023

ANMELDEKARTON – GRUPPE 2023

Ja, ich will Mitglied der Gruppe 2023 werden und überweise regelmässig:

- monatlich CHF _____
- vierteljährlich CHF _____
- halbjährlich CHF _____
- jährlich CHF _____

Ich zahle mit:

- Einzahlungsschein bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein
- mittels Lastschriftverfahren (LSV)
bitte senden Sie mir ein Ermächtigungsf formular

Bitte retournieren an:

SP Schweiz, Theaterplatz 4, Postfach, 3001 Bern oder online anmelden auf www.spschweiz.ch/anmeldung-gruppe2023

Name/Vorname _____

Geburtsdatum _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____